



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

100 (28.2.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-332543](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-332543)

General-Anzeiger



Abonnement

70 Pfennig monatlich, halbjährlich 3.50, jährlich 6.50, durch den Post bez. incl. Postzuschlag 1.40 pro Quartal, Einzel-Kummer 5 Pfg.

Inserate

Die Kolonnenzeile . . . 25 Pfg., Rubrikzettel . . . 30, Die Retenanzzeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gefestete und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegraphische Adresse

„Journal Mannheim“

Telefon-Nummern

Direktion u. Buchhaltung 1449

Drucker-Druckerei (Mannheimer Druckerei) 841

Redaktion 877

Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . 918

Nr. 100.

Freitag, 28. Februar 1908.

(Abendblatt.)

Sozialistische Unerfahrenheit.

Im Großherzogtum Oldenburg haben sich Regierung und Landtag dahin geeinigt, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht künftighin bei den Landtagswahlen Anwendung finden soll. Bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen haben die Sozialdemokraten in den drei Reichstagswahlkreisen des Großherzogtums Oldenburg von den 80 000 abgegebenen Stimmen 21 600 Stimmen erhalten, also nicht viel mehr als ein Viertel aller Stimmen. Die Gefahr einer sozialistischen Mehrheit im Oldenburger Landtage ist also auch nach Einführung des Reichstagswahlrechts viel geringer als etwa im Königreich Sachsen oder in den thüringischen Kleinstaaten; Oldenburg konnte sich demnach also auch ohne besondere Beforgnis für die Einführung des Reichstagswahlrechts entscheiden.

Wie dem auch sei — man sollte meinen, die Sozialdemokratie müßte sehr erfreut sein, in Oldenburg erreicht zu haben, was sie für Sachsen und Preußen vergeblich anstrebt. Weit gefehlt, der „Vorwärts“ kämpft in einem langen Leitartikel, auf den wir schon kurz eingingen, wie ein Rohrspatz auf Regierung und Landtag und besonders schlecht kommen dabei wie immer die Freisinnigen weg, die den schönen Titel „Vetereffekten“ bekommen und denen „traffe spießbürgerliche Rücksichtigkeit“ vorgeworfen wird.

Worin besteht nun die spießbürgerliche Rücksichtigkeit des Freisinnigen, der andern bürgerlichen Parteien des Landtags und der Regierung? Erstens darin, daß das Wahlrecht auf die Voraussetzung eines längeren Aufenthaltes im Lande geknüpft ist, zweitens, daß das Wahlalter nicht von 25 auf 21 Jahre herabgesetzt wurde und drittens, daß den Frauen nicht das Wahlrecht gewährt werden soll.

Daß ein längerer Aufenthalt im Lande die Voraussetzung des Wahlrechts sein soll, ist sachlich völlig berechtigt. Die Einzelhandlanger haben sich in viel höherem Maße als der Reichstag mit speziellen, eine gute Kenntnis der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Zustände des Landes voraussetzenden Fragen zu befassen. Diese Kenntnis kommt keinem, der in das Land einwandert, angefliegen. Die „Genossen“ machen es sich ja freilich bequem, indem sie alles, was nicht ihrem Programm entspricht, ablehnen. Wenn man beispielsweise einen Etat von vornherein abzulehnen entschlossen ist, so hat man freilich nicht nötig, ihn zu studieren. Andere Leute aber sind gewissenhafter, und es entspricht dem Wesen und den Erfordernissen des Staats, daß das Wahlrecht die Gewissenhaftigkeit und die Kenntnis, nicht aber die Leichtfertigkeit und die Unkenntnis zur Voraussetzung hat.

Was die Altersgrenze von 25 Jahren anlangt, so ist allmählich durch die längere Dauer des Schulunterrichts und durch die größeren Ansprüche, die der Einzelne, auch der Arbeiter, an die Lebenshaltung stellt, die Zeit zur Erlangung wirtschaftlicher Selbstständigkeit und die Begründung der Familie herausgeschraubt worden. Die Mannbarkeit im vollen — nicht also im geschlechtlichen — Sinne tritt heute später ein, als zu der Zeit, wo den deutschen Einzelstaaten Verfassungen

gegeben wurden. Demnach wäre es eher richtig, die damals festgesetzten Altersgrenzen heraufzusetzen, als sie herabzusetzen. Wer die minderereife Jugend mit dem Wahlrecht beglücken will, der scheint zu glauben, daß er bei ihr bessere Geschäfte machen kann, als bei den Altersklassen mit größerer Lebenserfahrung.

Und nun das Wahlrecht der Frauen! England, das seit Jahrhunderten, Frankreich, das seit länger als einem Jahrhundert, andere Länder, die ebenfalls schon seit langer Zeit parlamentarische Vertretungen besitzen, haben den Frauen das Wahlrecht noch nicht eingeräumt und es werden es, wie die Verpötlung der Agitation der „Suffragettes“ der Vorkämpferinnen des Frauenwahlrechts in England, zeigt, auch in absehbarer Zukunft nicht tun. Und da sollten die fast durchweg seit kaum länger als einem halben Jahrhundert konstitutionell regierten Einzelstaaten als erste den gefährlichen Versuch machen, da sollten sie sozusagen das parlamentarische Versuchskaninchen Europas sein? Es beweist nicht die „Versteinigung“ der bürgerlichen Abgeordneten Oldenburgs, wenn sie diese Zumutung ablehnen, sondern es beweist nur die grenzenlose Annahme der Sozialdemokratie, wenn sie in demselben Augenblicke, wo ihr das Reichstagswahlrecht gewährt wird, schon wieder etwas Darüberhinausgehendes verlangt.

Dieses Beispiel sozialistischer Unerfahrenheit ist aber eine recht nützliche Lehre für diejenigen bürgerlichen Kreise, die „um des lieben Friedens willen“ der Sozialdemokratie in Preußen, Sachsen usw. das allgemeine Wahlrecht zugestehen möchten. Damit würde der Friede noch lange nicht hergestellt sein, denn die Sozialdemokratie würde erst dann zufrieden sein, wenn sie alle ihre Wünsche und damit ihre letzten Ziele erreicht hätte. Ihr dies zu erleichtern, scheint uns nicht Aufgabe des deutschen Bürgeriums zu sein.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 28. Februar 1908.

Ein Notizheft über die gewerbliche Arbeiter-schulung in Deutschland.

den die „Werkstatteheft“ veröffentlicht, verdient ernsthafte Beachtung, um so mehr als die hier berührten Mängel nicht die einzigen in der Erziehung unserer jugendlichen Arbeiter sind:

Dem deutschen Arbeiterstand wird heute durch widrige Zustände die Heranbildung eines reichen Arbeitermaterials verweigert. Es ist so weit gekommen, daß viele Fabrikanten Lehrlinge überhaupt nicht mehr ausbilden. Der jugendliche Arbeiter (der Halbarbeiter) ist zum Teil an ihre Stelle getreten. Welch ein unzulänglicher Ersatz! Der Halbarbeiter wird zunächst nur zu leichter Arbeit herangezogen. Sehr bald fühlt er sich nicht mehr als Lernender, als einer, der noch legend einer Unter- oder gar einer Zurechtweisung bedarf. Er fühlt sich unter Verleugnung jedesdenfallsigen und Altersunterschiedes in seinem eignen Geschäftsbereich als selbstständiger Arbeiter, der es als ein höchendes Anrecht empfindet, daß seine Arbeit, dieselbe Arbeit, die andere ausüben, mit anderem Wohlstand

entloht wird. Und in dieser von anderer Seite geschätzten Stimmung trachtet er, bei der ersten Gelegenheit der ersten Arbeitshöhe den Rücken zu kehren, um anderwärts mit hoher Lohnforderung als vollberechtigter Arbeiter aufzutreten.

Die „Soziale Praxis“ bemerkt dazu:

Es liegt zwar in erster Linie wohl an der betriebstechnischen Verfassung der neuzeitlichen Industrie mit ihrem teilschen maschinellen Apparat, daß mehr und mehr spezialistische Teilarbeiter aus ungeschulten, billigeren Arbeitkräften herangezogen werden; zum guten Teile liegt es aber auch an der Interesslosigkeit sowie an der Armut der Eltern, daß sie ihre Jungen nicht zu einer geordneten, das Gewerbe gründlich umfassenden Lehre anhalten. Der „geleitete“ Arbeiter tritt in der Industrie hinter dem „angeleiteten“ zurück. Das bedeutet fürs ganze einen Rückgang unserer handwerklichen Tätigkeit und auf die Dauer eine Schwächung der Volkswirtschaft und mit der Heranbildung von Lehrlingen im Handwerk sieht es leider hier und da noch schlimmer aus als in den Fabriken.

Urges Unstimmigkeiten im sozialdemokratischen Lager

traten am Mittwoch aus Anlaß der Generalversammlungen der sozialdemokratischen Wahlvereine in den Berliner Wahlkreisen zutage. Im 6. Kreise gerieten Ledebour und Schippel, die beide über „Kolonialpolitik“ referierten, hart aneinander, wobei die Mehrzahl der Redner dem radikalen Heißsporn Ledebour gegen seinen revisionistischen Gegner beistimmte. Der Vorsitzende Eugen Ernst wollte anfangs Schippel das Schlusswort verweigern und warf ihm „Parteilichkeit und Ungehörigkeit“ vor. Die Versammlung verhielt, im Gegensatz zum Vorstände, Schippel zu seinem Recht und gab ihm das Schlusswort, aber nun — verzichtete dieser und nahm erst von neuem das Wort, als ihn Ledebour abermals provoziert hatte. Schippel wies klar und klar nach, daß die ganze offizielle sozialdemokratische Kolonialpolitik auf Unkenntnis und Voreingenommenheit beruhe und eine „theoretische Spielerei“ sei. Wollte man die deutsche Textilindustrie erweitern, woran doch die Arbeiter gewiß ein Interesse hätten, so müsse man Baumwolle bauen, und das sei nur in Kolonien möglich, in der Sinesburger Heide könne man weder Baumwolle, noch Kaffee oder Kautschuk wachsen lassen. Was schimpfte die europäischen Kolonialisten „blutige Westler“ und habe für die blutige Grausamkeit der Eingeborenen kein Wort des Tadelns. Als Kronzeugen für die Brutalität der Wilden führte Schippel Ledebour selbst an, dem er einen von diesem im Jahre 1900 geschriebenen Artikel über Zulassung von Kolonialarbeit vorhielt, worauf Herr Ledebour nichts anderes zu erwidern wußte, als Heretos seien noch lange keine Julus. Er behauptete schließlich seinen früheren Fraktionsgenossen der Bedrückung und meinte, an Schippel könnte Dernburg seine Freude haben.

Am 4. Wahlkreise wurde gegen den Rat des Vorstandes die Einschränkung der Rechte der Prekominmission, bez. Festlegung der Gehälter der „Vorwärts“-Redakteure, beschlossen und diese der Beschlußfassung der organisierten Parteigenossen vorbehalten. Ein Antrag durch Prekominmission und Vorstandungen in Zukunft mehr Aufklärung über die Idee des Massenstreiks und des Antimilitarismus zu

Karlsruher Brief.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

Karlsruhe, 26. Febr.

(Hochtheater — Karnavalistische Veranstaltungen — Arbeiter-Vereinsklub.)

Unser Hochtheater leidet augenblicklich unter dem Einfluß der Influenza, die hier ziemlich stark ausgebreitet und ihre Opfer in der Oper wie dem Schauspiel gefunden hat. Das hat unliebsame Repertoireveränderungen notwendig gemacht. Die letzten Tage brachte uns eine Neuinszenierung von Grillparzer's „Sappho“, die leider einen wenig künstlerischen Verlauf nahm. Die Titelrolle lag in den Händen von Marie Frauendorfer, die mit ihrer Durchführung derselben recht eindrucksvoll dargeboten hat, daß sie eine Vertreterin einer Heldinnen ist, die selbst in der Leidenschaft das Maß der Schamheit wahren und deren Rede selbst im Horn noch Wohlklang atmet. Das Grillparzer'sche Drama zeigt uns die „Tragik der Verhältnisse“, die davon abhingt, andere als rein menschliche Begierden und Leidenschaften ins Spiel zu setzen, dagegen Konflikt und Katastrophe aus den natürlichen Eigenschaften verschiedenartiger Personen und deren Zusammenreffen und naturnotwendiges Einwirken aufeinander in florier, logischer Weise herleitet — es sind nur natürliche Empfindungen der Liebe, welche das tragische Schicksal der Sappho bestimmen. Alle Personen stehen im Banne eines hohen sittlichen Ideals, dessen Gesetze sie im Drange der Leidenschaften wohl verletzen können, zu dessen Anerkennung sie aber sämtlich zurückkehren. Der Darstellerin der Sappho fehlte so ziemlich Alles, um den eigenartigen Charakter der größten Dichterin des Altertums zur Erscheinung zu bringen, ihr fehlte ebenso der Adel und Ausdruck der Gebärden und die plastische Schönheit der Pose — die Darstellerin war platt in den Bewegungen und fast brutal in der Sprache. Herr Schejranek schmeckte auf dem Settel als verantwortlicher Regisseur, die

Qualität der Aufführungen scheint ihm jetzt gleichgültig zu werden, da ihm auf Ablauf der Spielzeit gekündigt ist. Herr Brühl war in der Rolle des Phaoon nicht übel, er sprach zu Anfang mit einer gewissen Mattigkeit, entwickelte sich aber bald zum Vortänzer, besonders die Szenen, in denen er weltentrückt seiner selbst vergessen, der Partin gegenüberstand, war er von darstellerischer Bedeutung. Er ist eine junge, vielversprechende Arols. Frau Czernach spielte die Melitta im Geist der Rolle und fand auch die weichen Töne der süßlich kammenden Schamlosigkeit und des ersten kalten Liebeschmorns. Vortrefflich war Herr Wambach als Phaoon und Frau Pix eine geschäftige Cugaris. Aus den Eingangsvorgängen hervorgehoben Grund war der Gesamtindruck der Aufführung ein ungünstiger. — Die karnevalistischen Veranstaltungen haben im Allgemeinen ihren Höhepunkt erreicht mit der am letzten Sonntag festgehaltenen zweiten großen Damenführung der „Großen Karnavalgesellschaft Karlsruhe“, die die Festhalle mit männlichen Männlein und Weiblein bis auf den letzten Platz gefüllt hatte. Seitdem der Karlsruher Post Romeo und jetzt Kalla als Präsident des Ciferrotis jungiert, dem mit Humor und Witz G. Mathes zur Seite steht, hat das karnevalistische Treiben in der Reibung die humorvollen, gesund-wichtigen Bahnen gefunden und sich von der Qualität der Straße, die so vielfach leider als Vertreter des Humors glauben ausgeben zu sollen, abgewandt, sehr im Interesse der Hebung des Karnavals, an dem sich jetzt auch die besten Stände beteiligen. Die zweite Damenführung brachte witzige Blüten, und neben dem Geschäftstarif bildete der Dachstuhlbrand in der „Badischen Presse“, bei dem die Feuerwehr ihr Hauptkommen mit der vergrößerten Anmeldung des Brandes einschuldigte, den Hauptgegenstand der satirischen Erörterungen. Es wurde auch energisch bemerkt, daß die Entstehung des Brandes auf „kurzen Entschluß“ zurückzuführen sei, sondern auf „kurzen Entschluß“, was übrigens den Präsidenten des Ciferrotis nicht abhalten konnte, dem Chefredakteur der „Badischen Presse“, Herzog, den „Petroleumwörter am Bündelband“ zu überreichen;

für welchen derselbe auf das Empfindlichste dankte und energisch die Meinung zurückwies, als ob die Entstehung in den aufgeschauelten brennlichen Quartieren zu suchen sei. — Nach der Arbeiterdiskussionsklub, der im Allgemeinen durchaus seinen karnevalistischen Anstrich unter der Leitung des Herrn Dr. Fischer hat, dessen Diskussionsfragen sich bis ins graue Altertum und in die jüngste Weltgeschichte ergaben, hatte gestern einen „lustigen Abend“ im großen Saale der „Eintracht“ veranstaltet bei dem üblichen freien Eintritt, der das äußere charakteristische Merkmal dieses Diskussionsklubs ist. Dabei zeigt es sich, daß auch die bessere Gesellschaft für den Begriff „freier Eintritt“ sehr empfänglich ist, zumal an einem „lustigen Abend“, dessen Kosten in der Hauptsache Mitglieder des Hochtheaters, der närrische Post Romeo trugen. Hunderte mußten daran gehindert werden, als das unter der Leitung des Konferenziers Hofschaupieler Wambach — die Veranstaltung selbst war von Herrn Hofschaupieler Dr. Wollf prächtig arrangiert — feierliche Sabotage mit einem witzigen Prolog, in dem die kleinen Schwächen und einige lächerliche Interns des Klubs mit ebenso viel ledem Witz wie freudlichem Humor durchgehacht wurden. Was den zahlreichen Darstellungen sehen wir das große Duett aus Leoncavallo's „Bajazzo“ hervor, das von Herrn Wollmoir und seiner Wartin Stimmungsvoll vorgetragen wurde; allerbüchlich war Frau Johanna Sime, die ein prächtiges Tendenzlied ebenso schelmisch wie grandios vortrug, wobei ihre weiche, warme Stimme zur schönsten Entfaltung kam. Vorher hatte die junge Künstlerin die Bühnenfähigkeit mit dem temperamentvollen Vortrag eines hochkarätigen Volkers erkannt. Mit weiteren Darstellungen ergab Frau Dr. Wollf'scheberg, ferner mehrere Hofschaupielerin Ottilie Huber und besonders Frau Hofschaupielerin Pix, sowie die Hofschaupielerin Deluge und Kraus das Publikum. Höflich waren auch die vom Konferenzier vorgetragenen Thomschen Landstübgen.

verbreiten" wurde dem Aktionsausschuß als Material über-
wiesen.

Der Kampf um das preussische Wahlrecht.

In einer Versammlung des nationalliberalen
Jugendvereins in Wanne berichtete Antisekretär
Sporck über den Stand der Wahlrechtsfrage und
die Vorbereitungen für die nächste Landtagswahl im Wahl-
kreis Gelsenkirchen. Ausgehend von der am 10. Januar
von der Staatsregierung im Abgeordnetenhaus abgegebenen
Erklärung zog der Redner einen Vergleich zwischen den von
der Regierung in Aussicht gestellten und den von der national-
liberalen Fraktion geforderten Reformen. Eine gerechtere
Wahlkreiseinteilung, als sie jetzt vorhanden —
eine Forderung, zu der sich die Regierung leider ausgehien-
gen hat —, bezeichnete der Redner als die Grundlage einer
jeden Reform. Die Übertragung des Reichstagswahlrechts
auf Preußen könne nicht in Betracht kommen. Angesichts der
Feindschaft, die in letzter Zeit die Sozialdemokratie dem
gehobenen Wahlrecht entgegenbringe, müsse man an-
erkennen, daß dieses im nationalen Interesse gelegen sei. In
der ausgedehnten Besprechung wurde der Standpunkt des
Vortragsgebiligt.

Der Verein aller Tabakinteressenten Deutschlands

hatte zu Mittwoch abend nach Berlin eine Generalversam-
mlung einberufen, um zu der Frage: Ist die Gefahr der
Einführung einer Sonderrollesteuer auf Zigarren als end-
gültig beseitigt zu betrachten? Stellung zu nehmen. Nach
einem Referat des Syndikus obigen Vereins, Dr. Jona, wurde
einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der
Verein aller Tabakinteressenten Deutschlands erklärt sich
gegen jede Steuererhöhung der Tabakbranche, insbesondere
gegen die geplante Sonderrollesteuer, welche Tausende von
Arbeitslosen drohen zu machen, einen großen Teil der selbständigen
Arbeitsbetriebe und des Handelsstandes vernichten, der Kon-
zentration des Großbetriebes Vorschub leisten und demnach
in eminentem Sinne mittelstandsfeindlich wirken würde. Der
Verein wendet sich energisch gegen die fortwährende Be-
unruhigung durch die Steuerprojekte, welche die Branche nicht
zur Ruhe kommen lassen und eine gedeihliche Fortentwicklung
unmöglich machen.“

Die Stimmung im katholischen Clerus,

wos seine Stellungnahme zur Bewegung unter den Laien
und gegen die Kirchenregierung angeht, wird verschiedenes
beurteilt. Die einen meinen, es sei still in ihm, nur wenige
seien es, die modernistischen Ideen huldigten und für Reformen
schwärmten; man habe also Führer ohne Unteroffiziere
und Soldaten vor sich. In dieser Auffassung schrieb neulich
ein norddeutsches Blatt, daß es zu einer Krise im deutschen
Katholizismus auch dann nicht kommen werde, wenn Pro-
fessor Schnitzer sein bleibe. Von einem sich vorbereitenden
religiösen Umsturz, von einem religiösen Frühling, der
durch die deutschen Lande brause, wie Professor Schnitzer
glaube, sei zunächst herzlich wenig zu spüren. Man darf
Zweifel hegen, ob diese Beurteilung richtig ist. Tatsächlich
gibt es doch im Katholizismus weit stärker, und es sind
unabweisbare Anzeichen da, daß diese innerkatholische Be-
wegung selbst in den Kreisen des Clerus schon starke Wellen
wirft. So und dort liest man in liberalen, d. h. nicht ultra-
montanen Blättern Artikel katholischer Geistlicher, über die
Gewissensnot, in der sie sich befinden, über den Druck, unter
dem sie von ihrer Kirchenregierung her leiden.

Die deutschen Bischöfe haben ja in dem Hirten schreiben,
das sie bei ihrer Dezemberversammlung in Köln an die
deutschen Katholiken geschickten, gerade das als ein bedenk-
liches Zeichen hervorgehoben, wie häufig jetzt katholische Geis-
tliche in kirchenfeindlichen Zeitungen im Geiste des Un-
gehorsams und der Auflehnung gegen die kirchlichen Oberen
Kritik schreiben. Es muß das schon sehr großen Umfang
angenommen haben und den Bischöfen als sehr gefährdend
erscheinen, daß sie so heftig sich darüber auslassen. Ein
weiteres ganz einwandfreies Zeichen, daß diese Haltung
im katholischen Clerus vorhanden ist, liegt jetzt wieder vor.
Das lediglich für den katholischen Clerus bestimmte „Cor-
respondenz- und Effektenblatt für die gesamte katholische
Geistlichkeit Deutschlands“ denkt daran seinen Umfang zu ver-
größern und stellt monatlich alle 14 Tage zu erscheinen. In
dem Programm, das die Redaktion in Nr. 2 entwirft, kommt

eine Stelle vor, die, um ein abgehegtes Wort einmal an der
rechten Stelle zu gebrauchen, wirklich tief klingen läßt:

„Aber eines wollen wir jetzt schon offen und ehrlich betonen,
damit niemand eine Enttäuschung erleidet. So wie es manche
vielleicht meinen und wünschen, kann das Blatt
nicht redigiert werden. Es muß entweder im Einklang
mit den maßgebenden kirchlichen Behörden stehen oder es muß
aufhören zu existieren. Den kirchlichen Behörden den Krieg erklären,
das kann und darf doch eine Kirchenzeitung nicht. Es soll im Gegen-
teil ein Mittel- und Bindeglied zwischen Clerus und seinen Ver-
tretern sein.“

So ist also die Stimmung im katholischen Clerus, daß
er, um sich Luft zu machen, ein Organ haben möchte, in dem
er auch gegen seine kirchlichen Oberen Stellung nehmen kann.
Wie lange wird sich der Dampf noch durch gewaltigem be-
schworenes Ventil niederhalten lassen, bis er mit Vehemenz
ausbricht?

Deutsches Reich.

— (Ein Sympathie-Telegramm an Prof.
Dr. Schnitzer) hat der katholische Studentenverein
„Normannia“ Greifswald, zunächstverbund der katholischen
Studentenvereine Deutschlands gehört, gelangt. Das Tele-
gramm hat folgenden Wortlaut: „Ew. Hochwürden gestaltet
sich unterzeichneten Vereins für Ihr Eintreten zur Wahrung
akademischer Freiheit die warmste Sympathie auszu-
sprechen. Der kath. Studentenverein Normannia.“

— (Wert ist die Zuwachsfsteuer?) Stadtrat
Hofstet in Dortmund hat eine sehr lehrreiche Übersicht über
die praktischen Ergebnisse der Wertzuwachssteuer aufgemacht:
In Dortmund wurden in den ersten vier Monaten
erleben insgesamt 74 499,68 M., also rund 75 000 M. Hieron
betrafen den „beideidener“ Wertzuwachs von 10 bis 50 v. H.,
noch nicht 3500 M., dagegen den Zuwachs um 50 bis 65
v. H. fast 8000 M., aber den mehr als 80 v. H. Zuwachs
61 253,47 M.! In Prozenten ausgedrückt, wurden 81,7 v. H.
des gesamten Wertzuwachses von den abnormen
Grundstücksgewinnen mit mehr als 50 v. H. Wertzuwachs
geliefert und nur etwas über 7 v. H. von den Gewinnen mit
10 bis 50 v. H. Wertzuwachs. Mit dieser Sprache der Er-
fahrung vergleiche man nun die Sprache der Grundbesitzer-
ämterpresse, die nicht müde wird, den „kleinen“ Hausbesitzer
zur Verteidigung seines „beideidener“ Gewinns aufzurufen!

— (Zum sozialen Frieden). Am Montag den
24. ds. fand in Leipzig eine Zusammenkunft der Haupt-
vorstände des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberver-
bandes für das Schneidergewerbe. Sig. München,
und der verschiedenen Gewerkschaftenverbände statt, um be-
züglich der Tarifdifferenzen in Leipzig, Eisenach,
Dessau, Hildesheim, Jena und Königsberg einen Ausgleichs-
vertrag zu unternehmen. — Aus den genannten Städten
waren Vertrauensleute beider Teile zugezogen. Nach ein-
gehenden Beratungen gelang es den Vermittlungen der Haupt-
vorstände, in allen Streitfragen eine vollständige Einig-
ung zu erreichen. In den Kreisen der Arbeitgeber und
Arbeitnehmer des Schneidergewerbes hat der Erfolg des zum
erstemale hundertprozentigen Vermittlungsversuches allgemeine
Befriedigung hervorgerufen. Man erwartet, daß es auch in
Zukunft gelingt, dem Gewerbe durch das Eingreifen der
Hauptvorstände vermeidbare Störungen fernzuhalten und da-
durch den Interessen beider Parteien zu dienen.

Badische Politik.

*Heidelberg, 28. Febr. Die ordentliche Hauptver-
sammlung des Jungliberalen Vereins fand gestern
abend im „Reichen Hof“ statt. Zu Vorstandsmittgliedern
wurden die Herren: Vorkenbuch, Bohmeister, Biele, Haupt-
lehrer Breuner, Dr. Hoffmann, Viehbold, Kollisch, Reine,
Schubel, Dr. Schuch, Singhof, Stadtkassenbuchhalter Sulzer,
Rechtspraktikant Thorbecke, Finanzamtmann Vogel, Handels-
gärtner Volk, Notar Dr. Walter, Domänenbuchhalter
Wettin, Oberpostsekretär Wittstein, Bürgermeister Wieland,
Dr. Wieland und Postkassierer Wink gewählt. Der Vorsitz
wird auch für das Jahr 1908 in den bewährten Händen der
Herren Dorn und Heberle verbleiben. Der Jahresbericht wei-
det eine rege Vereinsaktivität: der Klassenbericht des Herrn
Stefan Breitwieser, der die Altersgrenze von 40 Jahren er-
reicht hat und somit aus dem Vorstande ausscheiden muß, war

Beiträge zur Frauenfrage.

Auskunftsstelle für Frauenberufe

1. 12, 18 3. Stad.

Sprechstunde: Mittwoch von 10-11.

Verein Frauenbildung-Frauenstudium, Abteilung Mannheim

Die nächste Mitgliederversammlung findet, des Abends
wegen Donnerstag, 5. März, nachmittags 1/2 5 Uhr
in derloge Karl zur Eintracht, L. 8, statt. In dieser Ver-
sammlung wird Herr Geheimrat Professor Kohn aus Frei-
burg über die verschiedenen Waisensysteme einen Vortrag hal-
ten. Der Vortrag dürfte gerade jetzt von besonderem Inter-
esse sein, da der Kampf um das preussische Wahlrecht weiteste
Kreise mit einer Heftigkeit erregt, wie sie politischen Fragen
selten entgegengebracht wird. Die Frauen haben viel nachzudenken
in ihrem Interesse für denartige Fragen; dieser Vortrag gibt
Gelegenheit, sich über eine der wichtigsten zu belehren. Auch
Herren ist der Eintritt gerne gestattet; er ist für Vereinsmit-
glieder frei; Nichtmitgliedern zahlen M. 1. Professor Kohn ist
ein lebhafter Jurist, der schon bei früheren Gelegenheiten
seinem wohlwollenden Interesse für die Mitarbeit der Frau
Ausdruck gegeben hat.

Rechtsschutzverband für Frauen.

Vorsitzende: Frau Werg, Bennenwies
Die II. Generalversammlung des Deutschen und Öster-
reichischen Rechtsschutzverbandes für Frauen findet vom 12.-14.
März in Halle a. S. statt. Aus der reichhaltigen Tagesord-
nung sei hervorgehoben: Einführung des Arbeitszwangs auf dem
Bewaltungsbeweis (Frau Leontine Simon-Mannheim), „Für-
sorgeauschüsse“ (Hilf. Maria Dönhofs-Frauentag), die An-
stellung von Waisenspflegerinnen bei der Vermögensverwaltung
(Frau Charlotte Schumm-Bonn), Kommissionsbericht über die
Eingabe des Untergerichts in Gelsen und Bürgerrechte in
Mädchenhäusern (Referentin noch unbekannt). Warum brauchen
wir weibliche Juristen? (Referentin Hilf. Dr. jur. Wilh. Weier-
kamp-Franfurt a. M.), Vorstandswahl. In den öffentlichen
Abendversammlungen werden folgende Vorträge gehalten: Frei-

sehr erfreulich. Dem verdienten langjährigen Redner wurde
Entlohnung erteilt und der aufrichtigste Dank der Versam-
lung zu seiner vorzüglichen Kostenführung ausgedrückt. Nach
lebhafter Färsprache der Herren Abg. Luenzer und Koh-
hurst wurde der Anschluß des Jungliberalen Vere-
ins an den Reichsverband beschlossen. Auch wurde
der Antrag, Frauen in den Verein aufzunehmen,
einstimmig angenommen. Eine rührige Tätigkeit und
frühe Organisation in dem Wahlkreis Heidelberg-Land
wurde beabsichtigt, damit der Wahlkreis das nächste Mal wieder
aus den Händen der Sozialdemokratie entrisen wird. Nebenbei
sollen Abg. Volkswereine, angeschlossen an die Organisation der
natl. Partei, gegründet werden.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 28. Februar 1908.

Aus der 2. Plenarsitzung der Handelskammer.

1. In Punkt 1 der Tagesordnung „Industriekammer“
hat die Handelskammer nach eingehender lebhafter Diskus-
sion, wobei nur von einer Seite für die Schaffung einer Industrie-
kammer eingetreten wurde, folgenden Beschluß gefaßt: „Die
Handelskammer erklärt für unzulässig, daß eines ihrer Mitglie-
der, ohne ihr Kenntnis davon zu geben, Bestrebungen verfolgt,
die als gegen sie gerichtet betrachtet werden müssen.“

2. Arbeitskammer. Auf Eruchen des Groß. W.
außerhalb des Innern erstattete die Kammer zu dem Gelegen-
heitsber. Arbeitskammer ein Verzeichnis in der Presse veröffent-
lichtes Verzeichnis.

3. Erneuerung des Privilegs der Badischen
Bank. Die Kammer beschloß anlässlich des Ablaufs des Pri-
viligs der Badischen Bank an das Gr. Ministerium des Innern
folgende Eingabe zu richten: „Das Herannahen des Zeitpunkts
zu welcher der Hofe Ministerar sowie der Reichstag über die Er-
neuerung des Notenprivilegs der Reichsbank und der Privat-
notenbank zu entscheiden haben werden, macht es uns zur Pflicht,
an Groß. Regierung die dringende Bitte zu richten, für den
Vorteil der Badischen Bank in ihrer jetzigen Verfassung mit
allen Mitteln einzutreten. Bei ihre Verdienste in Handel und
Industrie anderer erprobter Prämienlandes, auf die Förderung,
welche sie durch die Badische Bank während eines Zeitraums von
nahezu 40 Jahren ersehen haben, hier besonders Finanzver-
trauen wir unterziehen zu dürfen, da Groß. Regierung wäh-
rend dieses Zeitraums selbst Gelegenheit gehabt hat, ein Urteil
über die Tüchtigkeit des Instituts zu gewinnen. Hervorzuheben aber
müssen wir, wie gerade in jüngerer Zeit während der schweren
Geldkrise ebenso wie sämtliche Privatnotenbanken, so auch die
Badische Bank als eine nicht zu unterschätzende Unterstützung
und Ergänzung der Reichsbank erwiesen hat. Die in dieser Per-
iode gemachten Erfahrungen werden ohne Zweifel auch die Ge-
neral der Privatnotenbanken von der Notwendigkeit der Fort-
schritt überzeugen haben.“

4. Vertretung in Verwaltungsrate der Han-
delskurie für Mädchen. Auf das Eruchen des Ver-
waltungsrates der Handelskurie für Mädchen, einen Vertreter
der Kammer in den Verwaltungsrat zu delegieren, beschloß die
Kammer, Herrn Michael Rothchild, mit der Vertretung der
Kammer zu betrauen.

5. Der Herr Präsident macht Mitteilung von der Tagesord-
nung der am 30. und 31. März stattfindenden Voller-
sammlung des Deutschen Handelskongresses. Zur Be-
ratung sollen folgende Punkte kommen: 1. Herkunftsgebühren,
2. Gürtelgesetz, 3. Schad- und Ueberweisungsrechte, 4. Detail-
Abrechnung, 5. Abgrenzung des Handelsrechts, 6. Vertretung der
Arbeiter, 7. Handelsinspektoren, 8. Sicherung der Bankforderun-
gen, 9. Festlegung des Scheckrechts.

6. Als Stellvertreter für die Vertretung des Han-
delsregierers beim Amtsgericht Schwanheim wurde Herr Karl
Krauth-Hodendorn, als dessen Stellvertreter Herr Philipp
Bräuninger-Schwabingen für die bis
Ende 1909 während der Amtsperiode der ausgeschiedenen Herren
Abel Rißhaus und J. W. Krauth gewählt.

7. Der Vorstand des Verbandes badischer Han-
delslehrer hat der Kammer Kenntnis von einer an die
Groß. Regierung und die zweite Kammer der Landstände ge-
richteten Petition um entsprechende Regelung der Gehalts-
verhältnisse der geprüften Handelslehrer und Reallehrer an Han-
delschulen gegeben und sie ersucht, mit Rücksicht darauf, daß die
Vertretung des Kaufmannstandes an der Ausgestaltung unserer
Handelschulwesen, insbesondere an der Lösung der brennend-

sten, den 10. März: Frau Camilla Jellens-Hebelberg „Frauen-
forderungen zur deutschen Strafrechtsreform“. Korreferat zu
diesem Thema von Herrn Geheimrat Professor Dr. A. Jün-
ger-Halle a. Saale, Donnerstag, den 11. März: Vortrag von
Herrn Oberbürgermeister Dr. Geisinger-Deisau: „Die Bedeutung
gemeinnütziger und unparteiischer Rechtsauskunftsstellen“; Re-
ferat von Frau Julie Solinger-Treuten: „Tausende aus der
Tätigkeit der Frauenrechtskämpferinnen“. Alle Sitzungen und
öffentlichen Abendversammlungen finden im evangelischen Ser-
visshaus statt. Der Begründungsabend am 12. März, abends 3
Uhr im Hotel zur „Stadt Hamburg“.

Alkoholfreie Volkshäuser.

Nach einer kurzen Einleitung über das jetzige Gesellschaftsleben,
das mehr amüsetische als sittliche, mehr unethische als sittliche
Begeisterungen mit sich führt, das besonders schon auf die
Kinder verberlich wirkt, beschloß die Fräulein Paula Wölfer,
Volkshausleiterin aus Taubenburg, im vorliegenden Mitgliederabend
des Mannheimer Vereins für Fraueninteressen, wie viel Schaden
ein alkoholfreies Volkshaus verbräuen, welche sittlichen Einfluß es
auf seine Besucher ausüben kann. Die beiden Vorklüber für die
Bekämpfung gegen den Alkoholmißbrauch heißen wir in Zürich,
dort hat der Frauenverein für Nützlichkeit und Volkswohl in kurzer
Zeit 9 alkoholfreie Volkshäuser errichtet, die sich alle selbst er-
halten, durchschnittlich täglich von 300 Personen jählichen Stan-
des besucht werden. Die Häuser werden von Frauen geleitet und
vermehren, die beherrschenden Mädchen sind besetzt und werden
nicht als Zugmittel betrachtet, denn Trivialer sind ausge-
schlossen. Zeitschriften sind überall aller Art liegen auf, um den
Sinn für gute Lesüre auch im Volke zu wecken, für Geselligkeit ist
georgt. Die Rednerin eifert die Frauen an, auch in Bayern mehr
gegen den Alkoholmißbrauch, gegen die Trunksucht und die Trini-
täten zu kämpfen, bei den Kindern damit anzufangen, denn wenn
man die Kinder von heute rettet, hat man die Generation von
morgen gerettet. Die Vorsitzende des Abends regte die Grün-
dung eines Verbandes an, der sich eventuell dem Verein für
Fraueninteressen als Arbeitsgruppe aber dem Bremer Bunde
abstinenter Frauen anschließen soll.

Buntes Feuilleton.

— Ueber einen Besuch der Kaiserin im Krankenhaus zu
Mannheim, in dem der leidende Arzt Herr Dr. Berg die Füh-
rung übernommen hatte, wird der „Zagl. Rundsch.“ folgendes er-
zählt: Die Kaiserin kam u. a. auch an das Bett eines 75-jährigen
Mutterkinds aus Schwaben, deren Heimat sie aus dem unverfälsch-
ten Dialekt der Alten jodelnd erkannte. Sie erzählte der Frau,
daß sie selbst den größten Teil ihrer Jugend in Schwaben verbracht
habe. Die Alte sprach dann von dem schönen Colb, das sie zu Hause
leider so reichlich gehabt hätte, worauf die Kaiserin die Frau
fragte, ob sie gern Colb essen möchte. Als die Alte bejahte, ver-
sprach ihr die hohe Frau, daß sie ihr Colb schicken werde. Die Alte
fragte: „Aus Grünberg?“ „Nein, von uns!“ Worauf jene zur
Belustigung der Kaiserin erwiderte: „Na, Sie werden ja auch gutes
haben.“ Nach am Nachmittag desselben Tages traf eine Menge
wunderlicher Absichten und Meinungen für die Alte ein.

— Das unvollkommene Bäume, welche als Volkliche Junge, so
spricht man der „Zagl. Jg.“ aus Schwaben, herrschen schon seit
langerer Zeit auf der Wagnsbahn Rauningen-Dillingen. Vor einigen
Tagen versagte 's Bäume wieder einmal ganz jämmerlich den Dienst.
Der Zug, der schon längst um 8 Uhr 45 Min. abends in Raun-
ingen hätte eintreffen sollen, blieb aus. Und was war die Ursache?
Der um 6 Uhr 30 Minuten von Dillingen abgegangene Zug der
Hartelsbahn blieb bei der Station Dillingen auf einem Güter-
wagen, was die Entgleisung eines Personen- und eines Güter-
wagens zur Folge hatte, die in den vorbeifahrenden Strahlengraben
fielen. Mehrere Passagiere erlitten dabei verschiedene, wenn auch
nur leichte Verletzungen. Was nunge aussteigen. Ein Erhaltung
ging nicht, die Betriebsleitung sah sich auch nicht veranlaßt, einen
solchen zu requirieren. Es blieb also den Passagieren des Unglücks-
zuges nichts anderes übrig, als in später Abendstunden den weiteren
Weg in koffinierten Rast per pedes Apostolorum zu machen, —
mit welchen Gefühlen, kann man sich denken. Nicht besser erging es
den auf den Zwischenstationen der Ankunft des Zuges ungeduldig
darrenden Reisenden. Auf allen Stationen von Dillingen bis Dil-
lingen erklärte man ihnen ganz lakonisch: „'s Bäume geht heut
nimmer; 's sich unglück.“

gemachten Frage des Lehrermangels ein wesentliches Interesse hat, die Petition beim Groß-Ministerium unterlegen zu wollen. Die Nummer des Beschlusses, die Petition der nachvollenden Erwägung Sr. Ministeriums zu empfehlen. (Schluß folgt.)

Jahresbericht des Statistischen Amtes.

III.

Verkehr.

Der Personenverkehr der Staatsbahnen läßt sich wieder einmal nicht mit dem vorjährigen vergleichen, weil die Rückfahrkarten in der Hauptsache weggefallen sind und keine Kilometerbeste mehr verausgabt werden. Im Berichtsjahr sind noch 27 617 Kilometerbeste gegenüber 59 977 im Vorjahr ausgeben worden. Die Fahrtausweise, die eine Vergleichung zulassen, die Arbeiterwochenkarten und die Zeit- und Monatskarten hatten einen Rückgang zu verzeichnen. Den stärksten Festtagsverkehr nach Heidelberg brachte mit 4188 verkauften Fahrkarten der Pfingstsonntag; das ist freilich kein sehr bedeutender Verkehr, wie denn überhaupt der Sonntags-Ausflugsverkehr im Berichtsjahr sehr viel schwächer war als in den letzten Jahren; der Mannheimer blieb in der Ausflugsreise.

Der Verkehr der Straßenbahn ist mit dem vorjährigen ebenfalls nur bedingt zu vergleichen. Einzelteile brachte das Jubiläumsjahr einen sehr viel stärkeren Verkehr, jedoch die Gesamtverkehrsleistung von 23,5 auf 27,6 Millionen und damit der Tagesverkehr von 64 250 auf 75 500 wuchs. Andererseits wuchsen aber auch die Anforderungen an Extralinen und Wagen, unrentable neue Linien kamen hinzu und fielen im Berichtsjahr voll in's Gewicht, während die des Vorjahr erst zu einem Teil belasteten. Endlich machte sich auch die Verschlechterung der Konjunktur geltend. So ging die Ziffer der auf einen Wagenkilometer beförderten Personen von 4,06 auf 3,95 zurück.

Das Radfahrwesen hat wieder einmal plötzlich nachgelassen; die Zahl der neuangemeldeten Fahrer ging in der Stadt Mannheim von 2017 auf 1889, also um über 1000 zurück. Wiederum ist der Anteil der Radfahrer unter den Tagelöhner unter den neu angemeldeten Radlern gestiegen. Er betrug im Bezirksamt Mannheim: 1906: 58,6 Prozent, 1907: 62,04 Prozent.

Der gesamte Schiffsverkehr im Staats-, Industrie- und Rheinhafen belief sich auf 7 691 663 Tonnen. Damit ist der höchste je verzeichnete Verkehr von fast genau 7 Millionen Tonnen im Jahre 1903 bei weitem übertriften worden und zwar haben die Alt-Mannheimer Häfen wie der Rheinhafen ihren bisherigen Höchststand weit hinter sich gelassen. Die Verteilung des Gesamtverkehrs auf die Hafenanlagen seit 1901 ist die folgende:

Table with 4 columns: Year, Staats- und Industriehafen (t, %), Rheinhafen (t, %). Rows for years 1901-1907.

Das beiderseitige Wachstum kommt ausschließlich auf Rechnung der Verkehrsrichtung Anfaß Rhein zu Berg. Für die wichtigsten Warengruppen ergibt sich in den drei Häfen zusammen folgender Schiffsverkehr in Tonnen:

Table with 4 columns: Warengattung, Zu- und Abfahr per Schiff 1906, Zu- oder Abnahme absolut, Zu- oder Abnahme %. Rows for Dünemittel, Eisen, Getreide, etc.

Das hervorragende Merkmal dieser Zusammenstellung ist die enorme Zunahme des Kohlenverkehrs um fast 1 Million Tonnen. Durch hohe prozentuale Zunahmen zeichnen sich daneben noch Petroleum und besonders Mehl aus. Sehr erheblich war der Anteil Mannheims an der Einfuhr des ganzen Zollgebietes in den wichtigsten Artikeln des hiesigen Imports. Von 51,8 hat er sich auf 58 pro Tausend, d. h. genau auf den Stand vor der Zollrückbildung gehoben. Nur 1901 war der Anteil Mannheims noch höher.

Der Verkehr der Reichsbahnhandelsstelle war infolge der Abtrennung der ganzen linksrheinischen Pfalz im vorigen Jahre auf 6002 Millionen Mark zurückgegangen, von diesem Rückgang sind im Berichtsjahr 408 Millionen schon wieder eingeholt worden; der Verkehr 1907 betrug nämlich 5407 Millionen Mark.

Genannt wurde für die Zeit bis Ende des Jahres 1908 Wajenterscheidt in Baden, Oberwald in Pforzheim zum Handelsrichter und Wajenterscheidt in Pforzheim zum Handelsrichter. Wajenterscheidt bei den Kommissaren für Handelsfachen am Landgericht Karlsruhe.

Die nächste Justizratsprüfung wird am 28. März d. J. beginnen. Die Anmeldungen hierzu sind spätestens bis 14. März beim Ministerium des Justiz, des Justiz und Unterrichts eingereicht.

Zur Feier des 50jährigen Dienstjubiläums des Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Cobensbach versammelten sich gestern vormittag in dessen Wohnung in Heidelberg die Richter des Landgerichts und brachten ihre Glückwünsche dar, wofür der Befürworter in längerer Rede herzlich dankte. Seitens der übrigen Beamten des Landgerichts wurde eine kunstvoll geschriebene Adresse überreicht. Als Gratulanten erschienen weiter Vertreter des Amtsgerichts, der Staatsanwaltschaft, des Bezirksamts, der Heidelberger Rechtsanwaltschaft, der Stadt und der Universität, der Mannheimer Musikgesellschaft, deren Vorstand Dr. Cobensbach ist, und der Vereinigung aller Württembergischer, Badischer, Bismarckianer, Telegramme und Briefe zeigten, welchen Anteil weite Kreise an dem schönen Feste nahmen.

Stand der Militärrentenliste. Das Vermögen der Militärrentenliste hat sich im Jahre 1907 um 118.427 vermehrt und betrug Ende des Jahres 2 762 420 M. 71 Pf. Die Zahl der betragenden Mitglieder beläuft sich auf 106 (minus 10) mit einem im Mittelwert von 471 224 M. 16 Pf. Reuten im Gesamtvermögen von 227 250 M. 88 Pf. bezogen 228 Personen und Waisen.

Erfindung für das Großherzogtum Baden. (Mäherer durch die Expedition. Patentanmeldungen: 4, 14 018.

Notierender Transformator; Aufz. P. 196 190. E. Arnold, Kochstraße 1a und D. S. Wrognad, Kriegstraße 116, Karlsruhe i. Baden. U. 2001. Hilfsantriebsvorrichtung zum Anlassen mehrmündiger Explosionsstrahlmaschinen für den Anker magnetischer Windapparate. Unterberg u. Helmle, Karlsruhe i. Baden. U. 20 042. Elektrisches Schloßwerk. Emil Glah, St. Georgen, Schwarzwald. Patenterteilungen: Nr. 196 063. Pflanzmaschinen mit indirekter Wasserversorgung. Gottfr. Weber, Singen a. d. Koch. Nr. 196 064. Verfahren zum Ausfüllen von Rissen und Abflängen in Mauerwerk oder Gestein durch Einbringen von Zementbrei in Verteilungsstände. Albert Gagg, Konstanz. Nr. 196 066. Zementröhrenformmaschine mit regelbarer Mittelbewegung des Formkastens. Josef Winkler, Kiefernbad, Post Albrunn. Gebrauchsmuster-Eintragungen: Nr. 329 300. Stoch mit Spiralfeder in einem Hohlraum gehaltenen ausziehbares Tragemittel. Emil Gering, Pforzheim. Nr. 329 018. Röhrenlaufende Doppelschleifer mit in der Breite verstellbaren Sprossen. Heinz Schäfer, Heidelberg, Bismarckstraße. Nr. 329 062. Enternungsseiner für Karten, Holz, Kiesel, Karlsruhe, 329 107. Schuhhaube für Damenstiefeln. Dr. A. Heiler, Pforzheim. Nr. 329 206. Einleite für Flaschenhälse, die herangezogen eine Garantie für Originalfüllung bildet. Dr. Hermann Pfaff, Lahr. Nr. 329 506. Verdrängbarer Klebdehler. Friedr. Walz, Karlsruhe, Humboldtstraße 27.

Vorschriften für deutsche Handelsreisende im Ausland. Die für deutsche Handelsreisende und die von ihnen mitzuführenden Warenmuster in den verschiedenen fremden Ländern maßgebenden Bestimmungen sind vom Verkehrsministerium der Berliner Handelskammer zusammengestellt worden. Die Sammlung enthält außer den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften die Bestimmungen über Legitimationspapiere, Gewerbebescheinigung und sonstige Gebühren, Zollbehandlung der Warenmuster, Frachtmäßigungen für Musterproben usw. Die Handelskammer stellt das Werk den Interessenten kostenlos zur Verfügung; es wird der Beitragsnummer der Mitteilungen der Handelskammer beigelegt und auch sonst durch das Verkehrsministerium der Handelskammer Berlin, Dorostienstraße 7/8, unentgeltlich abgegeben.

Chorführer-Verbands-Musikfest. Wer je einmal Gelegenheit hatte, einen Chorführer-Verbands-Musikfest mitzumachen, dem wird das Herz ausgehen, wenn er sich nächsten Samstag wieder dieser beliebte Saison-Musikfest hat. Unter dem Titelchorführer ist es gemächlich das weiß jeder, und ein paar Stunden seiner edler Fröhlichkeit sind jedem in dieser ersten Zeit von Bergen zu ginnen. Während die nächsten Musikfesten mehr in großem Stil sich bewegen, herrscht auf dem Chorführerfest mehr der intime Musikfestcharakter in seinem Charakter. Deshalb hat der Vorstand auch wieder sein altes Stammiat Apollo aufgesucht, welches mit seinem Gold- und Silberband und seinen leuchtigen Plätzen für ein solches Fest am besten geeignet ist. Auf eine prächtige gezielte Bewirtung legt der Vorstand von jeder großen Wichtigkeit wie auf eine gute Sozialität. Für jedes ist gesorgt! Es wird sich deshalb gewiß niemand diese Nacht voll Freude entgehen lassen. Das Festprogramm im Dienste der Wohltätigkeit findet und jeder Besucher dazu beiträgt, ist bekannt.

Die große Garnelgesellschaft Lindenhof G. V. bezw. der Herr Rat hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, am Donnerstag Dienstag nachmittags 3 Uhr in den Straßen des Lindenhofstadels einen Karnevalszug zu veranstalten. Der Zug wird ca. 20 Nummern (darunter 9 Wagen und 4 Musikposten) umfassen. Die Vorbereitungen sind bereits im vollen Gange. Es ergibt daher hierdurch an alle Ehrenmitglieder, welche mit ihren Beiträgen noch im Rückstand sind, die leiste Mahnung, um solche baldmöglichst zusammen zu lassen bzw. zur Abholung herbei zu halten. Vereine, Korporationen und einzelne Personen, welche sich event. noch an dem Zuge beteiligen wollen, werden freundlichst gebeten, sich in dem Gesellschaftsbureau, Lindenhofstraße 11 portiere, zu melden. Unseren Ehrenmitgliedern ist es gestattet, sich in Dreifachen an den Zug anzuschließen und ist es erwünscht, daß davon recht ausgiebiger Gebrauch gemacht wird. Ferner ergeht an alle Bewohner der Straße Wilhelm-Vorstadt die höfliche Aufforderung, dem Zuge das erforderliche Interesse entgegenbringen zu wollen.

Eine Warnung für Messerhelden. In der letzten Zeit hat ein scharfes Vorgehen gegen die Messerhelden Fuß gefaßt. Der Landgerichtspräsident Dr. Cobensbach hat am 28. Januar d. J. mit verurteilten Köchen des Bieres Kai auf der Mönchsweg in der öffentlichen Wirt, den Bier gegen ihn anzufragen, auf den er feindlich gefaßt war. Er hatte auch bald den gewünschten Erfolg. Als der Bier ihn vor die Tür setzen wollte, verlegte ihm der Köchling einen Dolch in die linke Brustseite. Die Verletzung war eine schwere. Später klagte er sich zu dem Landgericht, es fenne ihn, wenn er Kai nur eine gegeben hätte, daß sie ihm lange. Der Staatsanwalt beantragte in der letzten Schöffengerichtssitzung gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten, das Gericht ging jedoch über den Antrag hinaus und sprach gegen den schon wegen Morddelikten vorherverurteilten Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten aus.

Ein eigenartiger Verurteilung beschloß am Samstag das Schöffengericht. Der Agent Dr. Michel von Weidenbach ist beschuldigt, am 1. Februar d. J. den Copiermeister Ludwig Nebenod von hier bestimmt zu haben, eine beim Amtsgericht anhängig gemachte Forderungsklage in Höhe von 82 Mark außergerichtlich zu erledigen, um dann ein Verfallurteil gegen Nebenod zu erwirken, nach dem der Kläger mit seiner Klage abgewiesen und in die Kosten verurteilt wird. Michel klagte nämlich an dem genannten Tage den Nebenod, einen offenbar nicht ganz normalen Menschen, aus dem Amtsgericht in das als „Kriegslist 17“ bekannte „Amisbüchel“, bereite ihn dort mit Erfolg, in dem Termine nicht zu erscheinen, er werde ihn auf alledem Wege zufrieden stellen und ging dann allein zum Termin. Der Richter fragte ihn, ob er ein Verfallurteil gegen Nebenod haben wollte, was Michel bejahte. Michel befreit, die Bedeutung eines Verfallurteils - Urteiles bekannt zu haben, eine gerichtliche Abhilfe habe ihm also ferngelogen, im Reduzierten hätte überhaupt keine so hohe Forderung, wie sie Nebenod angebe. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei. Das ganze Verfahren Michels ist ungesetzlich gewesen, weil Nebenod gegen das Verfallurteil Einspruch erhob. Eine numerische Abhilfe des Angeklagten liegt wohl vor. Das Gericht hat aber den Angeklagten freisprechen müssen, weil nicht festgestellt ist, ob Michel dem Nebenod etwas schuldig ist. Die Forderungsklage hat im Grunde verfallen müssen, weil von dem Ehe Nebenod abhängig gemacht wird, ob eine solche Forderung besteht. Das Gericht hat aber die Überzeugung gewonnen, daß der Angeklagte infolge seiner geistigen Verfassung nie in der Lage sein wird, diesen Eid zu leisten. Es wird für das Gericht also immer unabweisbar bleiben, ob der Angeklagte Nebenod etwas schuldig ist oder nicht.

Der verurteilte Biermann! Die in Karlsruhe erscheinende „Freie Stimme“ brachte dieser Tage im Ansehung einer Annonce, in welcher die Salvatorbräuerei Paulanerbräu in München den Verkauf ihres weltberühmten Salvatorbieres angeht, dessen Niederlage das Verdienst des Herrn Görnle zum „Sod“ in Konstanz hat. Das Inserat in der „Freien Stimme“ war,

damit es besser in die Augen fällt, mit einem Wibe geschmückt, das einem beliebigen König darstellt, der mit einem dazugehörigen Ring in der Hand schwingelnd am Papen des bekränzten Bierfasses steht. In dieser Inseratentzierung nimmt nun ein besonders feinfühler Leser der „Freien Stimme“ Anstoß. In Nr. 43 der „Fr. St.“ war folgendes zu lesen: „Von Wodener. In Nr. 41 der „Fr. St.“ findet sich ein Inserat von dem Besitzer des „Sod“ in Konstanz, in welchem er sein „Salvator-Bier“ empfiehlt. Die äußerliche Form des Inserates findet nicht unsern Beifall. Es ist da Dr. Martin Luther neben einem vollen Bierfass stehend dargestellt. Obgleich der Betreffende ein großer Freund von gutem edlen Bier gewesen war, so hätte doch sein Bild auf diesem Inserat wegzubringen können nach unserer unmaßgeblichen Meinung. Wenn das Salvator-Bier gut ist, dann empfiehlt es sich dadurch selber; durch die Rindfleischwerbung wird es um kein Haar besser. Dem Dr. Martin Luther zur Bier-Kellerei zu verwenden, halten wir aus konfessionellen Rücksichten nicht für angebracht. Herr Görnle von Konstanz würde nach unserer Ansicht besser tun, sein Bier nicht mit genanntem Bild, sondern wie die übrigen Inserate, einfach in Worten zu empfehlen. Getrunken würde dann nicht weniger.“ Der „Segauer Erzähler“ bemerkt zu dieser kritischen Epistel: Wir fürchten, die ehemaligen Paulanerbräuerei, die sich rühmen, von den guten Bieren das beste gebraut zu haben und diesen Ruhm auch urkundlich bezeugt erhalten, würden sich kolonnenweise im Saal umbrechen, wenn sie wüßten, daß die „Fr. Stimme“ einen der ihrigen als den Dr. Martin Luther anspricht. Luther war gewiß ein berühmter Mann und mag manche Bezeichnung gehabt haben, in der Kunst des Bierbrauens ist er unseres Wissens aber nie besonders hervorgetreten, und es ist nicht schon von der „Fr. St.“, wenn sie das anerkannte Verdienst der Paulanerbräuerei auf diesem Gebiete zugunsten des Dr. Martin Luther dadurch zu schmälern sucht, daß sie den Dr. Luther schäblichweise in so nahe Beziehung zum „edlen Paulaner“ bringt. Die Redaktion der „Fr. Stimme“ kann von Glück sagen, daß sie in Wadlitzell und nicht in München sitzt; dort hätte sie sich sicher auf ein kleines Haberfeldchen gefaßt machen müssen, denn ohne energische Gegenwehr ließen sich die frommen Biertrinker im Bayernland den Ruf ihrer Wadlitzeller gewiß nicht freilich machen.

Konkurs. Ueber den Nachlaß der am 13. Oktober 1907 hier verstorbenen Witwe des Bildhauers Karl Friedrich Korman, Katharina geb. Dürr, wurde das Konkursverfahren eröffnet. Zum Konkursverwalter wurde R.-A. Dr. Hartmann ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 18. März anzumelden. Prüfungstermin 26. März.

Stimmen aus dem Publikum.

Strassenbahnjammern.

Auf die in Ihrer geschätzten Zeitung vom 12. d. W. veröffentlichte Beschwerde möchte ich mir eine Erwiderung gestatten. Der Beschwerdeempfänger empfindet es sehr unangenehm, wenn die elektrischen Wagen an den Haltestellen das Umstreifen des Publikums nicht abwarten, sondern davonfahren. Wer nun viel fährt, wird die Beobachtung gemacht haben, daß von sehr geringen Ausnahmen abgesehen, stets die weitaus größte Zahl der Strassenbahnpassagiere nicht umsteigt, die Umsteigenden also nur eine verhältnismäßig recht geringe Kinderheit bilden. Diese Kinderheit nun verlangt am Pfälzerhofe und anderswo, daß die Mehrheit sich die Verzögerung gefallen läßt, die durch das Warten auf Anschluß unabweislich entsteht und wirkt gar die sehr energische Frage auf, ob die Strassenbahn für das Publikum da sei oder umgekehrt. Mannheim will einerseits Großstadt sein, läßt aber andererseits an Dingen fest, die durchaus keinen großstädtischen Eindruck machen. In keiner großen Stadt, man braucht nur nach Frankfurt zu gehen, um es zu konstatieren, worin die elektrischen Wagen gegenwärtigen Anschluß ab, weil dies mit einem schnellen Verkehre einfach unvereinbar ist. Auf Schnelligkeit ist es aber bei der Einführung der Strassenbahn und namentlich der elektrischen in der Hauptsache abgesehen gewesen, nicht auf Bequemlichkeit und gerade in bezug auf schnelle Beförderung gab es in Mannheim zu klagen, woron zum großen Teile das Awarfen von Anschlag schuld ist.

Der tagtäglich von der Schwelingerstadt nach dem Pfälzerhofe fährt, — es sind dies sehr viele Angestellte der Hofverwaltung — der nun manchmal sehr viel Selbstbeherrschung aufweisen, um nicht direkt wütend zu werden. Zatterfall: langer Aufenthalt, Anschluß vom Schloßhof, Wasserturm: langer Aufenthalt, Anschluß von der Redarbrücke, Pfälzerhof: Aufenthalt, Anschluß vom Schloß. Dazu gerade in den Stunden, in denen die meisten Leute fahren, früh und mittags, halbzugspiegel und überladene Wagen, jedoch man oft genug überpaßt nicht mitkommt. Und an jeder Haltestelle Ein- und Aussteigen einer zahlreicheren Kinderheit, was gerade nicht schnell geht. Aufenthalt, Aufenthalt und wieder Aufenthalt, und dabei nur 5 Minuten-Termin. Wie oft ist mir schon an der Ecke der Augustenstraße ein Wagen vom Schloßhof vor der Nase weggefahren und bin dann stets zu Fuß bis zur Börse, garnicht selten aber sogar bis zum Rheintore gekommen, ehe mich ein Wagen „Rheinstraße“ eingeholt hat. Ich gefahre offen, daß diese Linie an mir jeden Montag mindestens 3 Mark mehr verdienen könnte, wenn sie mir in bezug auf Schnelligkeit einen annehmbaren Vorteil gegenüber dem Zufußgehen bieten würde. Unvergleichlich groß ist die Zahl derjenigen, die es gleich mit tun. Der Aufenthalt am Zatterfall mag noch zu rechtfertigen sein, weil dort sehr viele Leute umsteigen, ungeschickterweise ist aber meiner Ansicht nach der am Wasserturm, wo oft 20 und mehr Personen auf eine oder zwei von der Bismarckstraße kommende warten müssen. Auf die billige Beförderung der Schulkinder will ich jetzt nicht eingehen, obgleich es mir scheint, daß es besser sei, die Jugend nicht von früh an an überzogene Bequemlichkeit zu gewöhnen. Die Gefahren, die der Verkehr in Mannheim mit sich bringt, sind noch nicht so groß, daß den Schulkindern die gesunde Arbeit des Lernens entzogen werden müßte. Wenn sich erst der Verkehr in Mannheim weiter entwickelt, wird dies von selbst verhindern.

Wenn es also auch dem Einfahnder des Artikels unangenehm ist, daß ihm ein Wagen wegfährt, und wenn ich auch zugebe, daß dies namentlich bei schlechtem Wetter sein Vergnügen ist, so bin ich doch der Meinung, daß das nichtumsteigende Publikum auch ein Recht zu schneller Beförderung hat und daß es im Interesse der Stadt und seiner Steuerzahler liegt, das Publikum durch Schnelligkeit zur lebhaften Benutzung der Strassenbahn zu gewinnen. Schnelligkeit ist aber nicht durch Warten zu erzielen, sondern durch Fahren ohne Aufenthalt und in kurzen Zwischenräumen. Wie schon oben gesagt, empfehle ich, sich einmal die Strassenbahn in Frankfurt anzusehen, bei der das Fahren, Ein- und Aussteigen so schnell vor sich geht, daß ein an Mannheim Gewöhnter im ersten Momente ganz verblüfft ist. F. P.

Von Tag zu Tag.

Ausgeliefert: Briefmarken. Paris, 28. Febr. Die schweizerische Gerichtsbehörde lieferte einen Zugführer aus, der in letzter Zeit wiederholt Briefsendungen aus dem Elyseegebäude Paris-Verfort gestohlen hatte.

Gefängnisweiterei. Paris, 28. Febr. In Militärgefängnis zu Amiens weitterten die Sträflinge, zerstückelten die Einrichtung der Werkstätte und bedrohten die Wärter. Gendarmen und Jäger mußten aufgebieten werden, um die Ordnung wieder herzustellen, aber die Weutterer ergaben sich erst, als sie mittelst der Feuerspritze gründlich bearbeitet worden waren.

„Die Wahrheit über die deutsche Expansion“.

In der Märznummer der Monatschrift „North American Review“ veröffentlicht der deutsche Botschafter Hr. Sped von Sternburg einen längeren Artikel, betitelt: „Die Wahrheit über die deutsche Expansion.“ Er widerlegt in demselben die von Zeit zu Zeit in Umlauf gesetzten Blättermeldungen, daß Deutschland Absichten auf die politische Integrität Hollands und Belgiens habe, und legt die wahren politischen Ziele Deutschlands auseinander.

In der Einleitung des Artikels bemerkt der Botschafter: „Besonders in den letzten zwei Jahren konnte die Beobachtung gemacht werden, daß eine Anzahl Blätter des westlichen Europas Nachrichten in Umlauf setzten, daß die Unabhängigkeit der beiden kleinen Staaten Holland und Belgien infolge des angeblich in Deutschland herrschenden Kriegespiritus und der Sucht nach Gebietsverweigerung bedroht sei. Die Redaktionen, auf die ich Bezug nehme, suchten auch das Interesse des amerikanischen Volkes durch die Behauptung zu gewinnen, daß die Absicht Deutschlands, die Niederlande zu erwerben, dem Ehrgeiz Deutschlands entspringe, Territorium in der westlichen Hemisphäre zu besitzen. Die Insel Curacao im Caribischen Meere wird als ständiger Gegenstand unserer Begehrlichkeit hingestellt. Sollte Deutschland, so wird ausgeführt, mit der Annexion der Niederlande Erfolg haben, so werden ihre Kolonien das Schicksal des Mutterlandes teilen.“

Weiter sagt dann der Botschafter: „Selbst solche Staatsmänner, welche die in die Augen fallende Tatsache nicht ableugnen können, daß der Deutsche Kaiser ein eifriger Befürworter der Friedensbewegung ist, daß die deutsche Regierung seit 37 Jahren — das heißt seit dem großen nationalen Kampfe der Jahre 1870—71 — nach Frieden gestrebt hat und in der Richtung der Expansion weniger thätig gewesen ist als irgend ein anderes Land, daß die deutsche Nation keinen anderen Wunsch hat, als friedlich ihren eigenen Geschäften nachzugehen, — selbst solche Staatsmänner glauben oft oder geben sich den Anschein als glaubten sie, daß Deutschland trotz seiner Friedensliebe schließlich durch die Gewalt von Umständen oder der logischen Entwicklung zu einer Annexion Hollands und des nördlichen Teiles von Belgien werde gezwungen sein.“

Der Botschafter erklärt dann, daß es un wahr sei, daß koloniale Expansion für Deutschland eine notwendige Folge seines industriellen Wachstums sei. Deutschland brauche keine weiteren Kolonien. Was es verlange, sei freier Wettbewerb auf allen Meeren, die „offene Tür“ und das Recht, mit allen industriellen und kommerziellen Nationen als Gleichberechtigter an der Eröffnung neuer Weltmärkte mitzuwirken. Infolgedessen sei das Prinzip der offenen Tür das Zeitmotiv der auswärtigen Politik Deutschlands. Es sei der erste Gedanke, der sich durch die ostasiatische, die orientalische und die westafrikanische Politik des Deutschen Reiches ziehe. Der Botschafter weist dann nach, daß wirtschaftliche, strategische und politische Gründe sogar gegen eine Annexion Hollands spreche. So würde die Vereinigung mit Holland bewirken, daß dessen Reich in westlichen Deutschland das aus Ostdeutschland kommende und dort verdrängt würde, während Holland selbst keine Rohstoffe hervorbringe, die Deutschland benötige. Ebenso würde bei einer Annexion Belgiens die mächtige belgische Eisenindustrie demgegenüber durch Hölle geschädigten deutschen Inlandsmarkt zu erobern trachten. Daß die Rheinmündung holländisch sei, behaupte Deutschland nicht, da der Verkehr auf dem Strome frei sei und gemäß den Verträgen zwischen den beteiligten Staaten frei bleiben werde. Auch strategische Gründe sprächen dagegen. Die Armeen Englands und Deutschlands gegen Ludwig XIV. und Napoleon seien wohl auf niederländischem Boden ausgekämpft worden; aber wenn entgegen aller Erwartung der Friede auf dem Kontinente je bedroht werden sollte, liege Holland ganz abseits vom wahrscheinlichen Kriegsschauplatz. Daß Holland jemals an einer feindseligen Aktion gegen Deutschland sich beteiligen würde, könne nur von jenen angenommen werden, die von der Stammesverwandtschaft, dem historischen Zusammengehörigkeitsgefühl und den gemeinsamen Interessen beider Nationen keine Ahnung hätten. Abgesehen davon, daß die Annexion irgend eines Landes für die einzelnen Bundesstaaten den Anlaß bilden könnte, die Herbeiführung einer Neuorganisation des Bundesrates aufzustellen, seien es kulturelle und geistige, zur Tradition gewordene enge Beziehungen, welche die deutschen Annexionsgelüste zu einem weder in Holland noch in Belgien erlaubten Annexionsmärchen hampeln. Momentlich Deutschland und Holland besitzen eine gemeinsame Geistesgeschichte, und jedes Blatt der holländischen Geschichte zeige denselben unauflösbaren Fühlkreislauf, der auch die Deutschen befele. Der Artikel schließt dann die für Holland so ersprießliche Haltung Deutschlands in den Jahren 1814 und 1830 und in den schmerzlichen Jahren, als Napoleon III. wiederholt dem Fürsten Bismarck vorhielt, daß er sich um die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht kümmern wolle, wenn ihn in Belgien freier Spielraum gelassen würde. Obne ein Sedon wäre Belgiens Unabhängigkeit verwirkt gewesen. Die grundlose Furcht vor der Annexion sei vielleicht ein Nachklang der Jahre 1870—71, als Deutschland, vormalig eine unantastbare, plötzlich als mächtiges geeinigtes Reich bestand und die Befürchtung eines Mißbruchs der neu gewonnenen Macht in vielen sich regte. Heute aber beständen solche Befürchtungen weder in Belgien noch in Holland, und die beste Widerlegung der behaupteten Annexionsgelüste sei die Tatsache, daß der deutsche Vopanz nicht „made in Holland oder Belgien“ sondern ein importierter Artikel sei.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Frankfurt a. M., 28. Febr. Das Bismarck-Denkmal für Frankfurt a. M., soll, wie das Denkmal-Komitee mitteilt, am 10. Mai dieses Jahres enthüllt werden.

Koburg, 28. Febr. In der hiesigen kath. St. Augustin-Kirche fand heute vorm. 11 1/2 Uhr die feierl. Trauung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien mit der Prinzessin Eleonore Ruß-Görlitz durch den Pfarrer Elm statt. Als Trauzeugen fungierte Prinz Philipp von Sachsen-Coburg und die Prinzessin Marie von Ruß, anherdem waren die Prinzen Heinrich XXIV. von Ruß-Görlitz und Prinz Heinrich XVIII. von Ruß j. anwesend. Die Braut trug ein weißes Kleid

und Perlmantel, Hut und Schleier, der Fürst Offiziersuniform und das Band des Coburger Hausordens. Der Geistliche sprach über die Stelle aus dem Paulinischen Ephezerbriefe „Der Mensch soll Vater und Mutter verlassen usw.“ Um 10 Uhr erfolgte die Rückkehr nach Gera.

Budapest, 28. Febr. In einer Sitzung des ungarischen interparlamentarischen Komitees erklärte Graf Apponyi, daß Ungarn auf der nächsten interparlamentarischen Konferenz in Berlin, zahlreicher als je erscheinen müsse, und schlägt eine bessere, dem Zahlenverhältnisse der Mitglieder entsprechende Bildung der Versammlungen vor.

Lissabon, 28. Febr. Hier verlautet wiederholt, daß keine Proklamation des Königs in der hergebrachten Form stattfinden werde. Die Ceremonie werde sich auf die Ratifikation des vom König vor den Ministern der Regierung abgelegten Eides vor den Korbes beschränken.

Rio de Janeiro, 28. Febr. Der Präsident Peund bestätigt die vom Kongress bewilligte Zulassung von Weinen, die 200 mg. Sulfat pro Liter enthalten.

Buenos Aires, 28. Febr. Der Landwirtschaftsminister erklärte die Behauptung, daß argentinisches, nach England ausgeführtes Fleisch tuberkulös befallen worden sei, als unrichtig. Die argentinische Fleischkontrolle sei ungemein streng; der gesundheitliche Zustand des argentinischen Schlachtviehs ausgezeichnet.

Aus der hessischen Kammer.

Darmstadt, 28. Febr. Die 2. Kammer begann heute die Beratung des Budgets für 1908, welche längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Darmstadt, 28. Febr. In der 2. Kammer verlas der Präsident ein Schreiben des Koburger Landtags, worin dieser erklärt, mit rogem Interesse die Verhandlungen über das neue Reichsvereins- und Versammlungsgesetz im hessischen Landtage verfolgt zu haben. Der Koburger Landtag habe einstimmig eine Resolution angenommen, daß den Staaten, welche eine Vereins- und Versammlungsfreiheit besitzen, diese vom Reiche nicht beeinträchtigt werden dürfe. Der Präsident teilte weiter mit, daß ein von fast sämtlichen Abgeordneten unterzeichneter Antrag eingeleitet sei, der folgenden verlange: Die 2. Kammer wolle die Großh. Regierung ersuchen, die hessischen Bevollmächtigten beim Bundesrate zu beauftragen, im Bundesrate mit aller Energie dahin zu wirken, daß die im Großherzogtum Hessen gewährleistete Vereins- und Versammlungsfreiheit durch den im Reichstage zur Beratung stehenden Gesetzentwurf nicht beeinträchtigt und verkürzt wird, mindestens aber darauf zu dringen, daß durch einen Zusatzparagraphen die bisher im Großherzogtum Hessen bestehenden Zustände bezgl. des Vereins- und Versammlungsrechtes erhalten bleiben.

Fürst Bülow und die Enteignungsvorlage.

Berlin, 28. Febr. In einem Berliner Stimmungsbilde über die gestrige Herrenhausung, der übrigens auch der Kronprinz wieder beirwohnte, schreibt die „Köln. Ztg.“:

„Wald drängen sich die Freunde der Vorlage um den Fürsten Bülow, um ihn zu diesem Erfolg zu beglückwünschen. Denn diese Abstimmung ist wirklich ein politischer Erfolg, weil sie die Zustimmung der Reichstagsmitglieder zu dem Reichsvereins- und Versammlungsgesetz darstellt, auf dem Fürst Bülow so viel sein kann. Wenn man sich all dieser Schwierigkeiten erinnert, dann kann der spätere Erfolg nicht anders als ein glänzender sein. Die Freunde der Vorlage sind im Reichstag sehr zahlreich, wie er in der vorigen Bundtagsession nach doppelt verlagert wurde, wie er durch die große Anwesenheit der Abgeordneten durch die Spitze und die Charaktere der konservativen wie liberalen Mitglieder dargestellt wurde und dann in des Herrenhauses erster Sitzung den so heiklen Stoff erfuhr, wie ängstlich die Freunde der Vorlage dann die Kommissionsverhandlungen des Herrenhauses verfolgten und die Bemühungen, eine Basis der Verständigung zwischen den beiden Häusern des Landtags zu schaffen. — Wenn man sich all dieser Schwierigkeiten erinnert, dann kann der spätere Erfolg nicht anders als ein glänzender sein. Die Freunde der Vorlage sind im Reichstag sehr zahlreich, wie er in der vorigen Bundtagsession nach doppelt verlagert wurde, wie er durch die große Anwesenheit der Abgeordneten durch die Spitze und die Charaktere der konservativen wie liberalen Mitglieder dargestellt wurde und dann in des Herrenhauses erster Sitzung den so heiklen Stoff erfuhr, wie ängstlich die Freunde der Vorlage dann die Kommissionsverhandlungen des Herrenhauses verfolgten und die Bemühungen, eine Basis der Verständigung zwischen den beiden Häusern des Landtags zu schaffen. — Wenn man sich all dieser Schwierigkeiten erinnert, dann kann der spätere Erfolg nicht anders als ein glänzender sein.“

Attentat auf den Schah von Persien.

London, 28. Febr. R.T.B. Aus Teheran wird gemeldet: Gegen den Schah von Persien wurden 2 Bomben geworfen. 3 Vorreiber wurden getötet, der Chauffeur des Schahs und 20 Personen verletzt. Der Schah selbst blieb unverletzt.

Deutscher Reichstag.

w. Berlin, 28. Febr.

Am Bundesratsstische: Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Ohne Debatte werden zwei Berichte der Geschäftsordnungs-Kommission entgegengenommen und die Zusage der Annahme des Abg. Schefke's beim Amtsgericht Straßburg abgelehnt. Ferner wird die vom Abg. Held (noll.) nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung eines Strafprozesses gegen sich selbst erteilt.

Darauf wird die Beratung über den Keinen Beschäftigungsnachweis fortgesetzt.

Malkewitz (konf.) dankt dem Staatsminister des Innern für die Uebersetzung der Denkschrift betr. Zusammenstellung der Wirkungen der Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1907. Die Behauptung als ob er die Nationalliberalen anzuwärtigen und ihre Gutmüthigkeit herabsetzen wolle, sei vollständig unzutreffend.

Cuno (Zri. Volksp.) führt aus, daß er bei der Vorlage nicht von der Auffassung ausgegangen sei, als ob sie eine politische Bedeutung habe und die Rückkehr zum Junktortum und zum allgemeinen Beschäftigungsnachweis einseite. Allerdings erlaube ihm im Interesse der Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses im Handwerke eine bessere Regelung der Vorbildung der Lehrlingen wünschenswert. Redner hofft schließlich, daß die Vorlage in der Kommission so arrangiert werde, daß die Zustimmung der Partei möglich sei.

Böding (Zri.) legt dar: In den Kreisen der Handwerker seien Wünsche laut geworden, daß eine öffentliche Handwerker-Ausstellungsstelle geschaffen wird, dort würde jeder Auftraggeber erfahren können, ob er es mit einem geprüften Meister zu tun hat. Dies würde gewiß ein Ansporn zur Ablegung der Meisterprüfung sein. Die Wahlen zur Handwerkskammer sollten den Verhältnissen der Neuzeit entsprechend reformiert werden und es sollte nicht länger großen Gruppen die Möglichkeit der Einflusnahme auf die Zusammenfassung der Handwerkskammern abgeschnitten werden. Redner geht dann die Stellung der einzelnen Parteien zu der Vorlage durch und meint dem Abgeordneten Abrecht gegenüber, er solle doch den Handwerkern zutrauen, daß sie wüßten, ob diese Vorlage dem Handwerke Vorteil bringe. Die Einzelstaaten hätten für das Handwerk schon erhebliche Opfer gebracht, und seine Fortentwicklung wolle den Keinen Beschäftigungsnachweis nicht, um sich die Konkurrenz, sondern um sich die unerlaubte und unsoliden Schmutzkonkurrenz vom Leibe zu halten.

Nach einer kurzen Rede des Abg. Schefke (Zri.) gegen Lehmann-Bieschbach (Soz.) wegen der Lehrlingszählerei im Bädergewerbe, wird die Vorlage an eine 24gliedrige Kommission überwiesen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs betr. Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie in Verbindung mit der Abänderung der Gewerbeordnung.

Aus dem Großherzogtum.

Stillingen, 28. Febr. Schlachthausverwalter Ludwig Stöber hier wurde, wie bereits kurz gemeldet, gestern abend wegen Veruntreuung amtlicher Gelder auf Anordnung des Bürgermeisters verhaftet und ins Aufgefängnis abgeführt. Da in den letzten Tagen Gerüchte umliefen, Stöber nehme Schlachtgebühren ein, ohne sie zu verbuchen und verabsolde Luittungstals, wurde vom Bürgermeister eine Untersuchung eingeleitet, welche zunächst ergab, daß von 25 Mark, die nach den Talons in der Klasse sein sollten, nur 18 Mark vorhanden waren. Stöber gestand denn auch zu, den Differenzbetrag von 7 Mark für sich verwendet zu haben. Außerdem wurde aus den Akten festgestellt, daß im Monat Februar für 72 Stück Vieh Schlachtgebühren gebucht waren. Stöber gab zu, für die weiteren 17 Tiere die Schlachtgebühren mit je 3 Mark, also 51 Mark, vereinnahmt und nicht verrechnet zu haben. Aufgrund dieses Tatbestandes wurde die 19jährige Verhaftung angeordnet und dem Großh. Amtsgericht Anzeige erstattet. Stöber hat eine Frau mit 7 kleinen Kindern. Nach vorläufigen Feststellungen soll Stöber über 2000 Mark schwebende Schulden haben, denen fast keine Vermögenswerte gegenüber stehen. Wie weit seine Verträge bei den Schlachtgebühren zurückreichen, kann erst an der Hand der früheren Akten festgestellt werden, die schon an die Steuerbehörde ausgeliefert worden sind.

Gerichtszeitung.

Mannheim, 27. Febr. Strafkammer III. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Wengler. Vertreter der Staatsbehörde: Assessor Geisler.

Die Ehefrau Mathias Weiser in Weinheim soll am 23. November vor. Jrs. verhaftet haben, mit einem falschen Schlüssel dem Kohlenkeller einer Hausgenossin einen Besuch abzustatten. Die Richter sahen, sie habe die Angeklagte dabei überrascht. Bei der totalen Finsternis, die zur kritischen Zeit in dem Keller herrschte, hält das Gericht die Wahrnehmungen der Frau Richter nicht für ganz zweifelhaft und spricht die Angeklagte frei.

Seinem Dienstherrn, dem Wiltshändler Christian Benz in Großhesselohe, entwendete der Diebstahlschreck Friedrich Badermann aus Neisach am 14. Dezember vor. Jrs. ein Maß Wein im Werte von 30 Mark aus dem Keller. Man erkennt auf 3 Monate Gefängnis.

Mit einem Aufschneide, der die nochgemachte Unterschrift von Ludwig Hedmann trug, suchte sich der 17 Jahre alte Hebräer-Matthias Behold aus Redarhausen am 13. Juli vor. Jrs. bei Wirt Verlinghof in Sodenheim 10 Flaschen Bier zu erschwindeln. Behold wird zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Am 8. Oktober wurde in Sodenheim der 31 Jahre alte Tagelöhner Jakob Brenner von einer Rolte Burschen, unter denen er die Bahnarbeiter Friedrich Pfister und Adam Bietter, den Zigarrenmacher Franz Schopf und den Tagelöhner Jakob Kiskan zu erkennen glaubte, überfallen und schwer mißhandelt. U. a. empfing er eine schwere Stichwunde in den Rücken, die ihm nach dem Leben geföhrt hätte. Da seiner seiner vier Gagner als Stöcher überführt werden konnte, so wurde vom Schöffengericht Schwellingen jeder zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Alle vier legten Berufung ein und erzielten Erfolg. Pfister (Verteidiger: Rechtsanwalt Reisch) und Schopf (Vert.: R.A. Dr. Hirschler) wurden freigesprochen, Kiskan Strafe auf 3 Wochen, jene Ketters (Vert.: R.A. Dr. Eberthheim) auf 2 Monate ermäßigt.

P. Ludwigshejen, 28. Febr. Vor dem hiesigen Schöffengericht standen gestern wieder zwei Mißbräutereien, welche verurteilt wurden. Die Ehefrau des Abjunkten Raab von Mutterstahl (des obersten Polizeibeamten des Ortes) wurde zu 60 W. Geldstrafe, die Ehefrau des Aderers Franz Schalk von Maudach zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Hochschule für Musik in Mannheim. Die Vorträge über Musikgeschichte nehmen nun an den Sonntagen wieder ihren Fortgang. Der nächste Vortrag, der 16. im laufenden Unterrichtsahre, findet Sonntag, den 29. Februar, 7 Uhr, statt. Herr Kapellmeister Blas, der nunmehr im vierten Jahre musk-wissenschaftliche Vorträge hält wird zunächst behandeln: „Joseph Haydn im 18. Jahrhundert“. Die nach Ostern stattfindenden Vorträge sind der Zeit 1800—1850 gewidmet und schließen mit Richard Wagner ab.

Dollwirtschafft.

Badische Aekuranz-Gesellschaft A.-G., Mannheim. Der Aufsichtsrat der Badischen Aekuranz-Gesellschaft A.-G. Mannheim, hat beschlossen, der Generalversammlung für das Jahr 1907 die Verteilung einer Dividende von 87,50 M. pro Aktie, wie im Vorjahre, vorzuschlagen.

Table with columns for 'Staatspapiere, A. Deutsche', listing various government bonds and their values.

Table with columns for 'Aktien industrieller Unternehmungen', listing shares of industrial companies.

Table with columns for 'Hauptbriefe, Prioritäts-Obligationen', listing priority bonds and their values.

Table with columns for 'Bank- und Versicherungs-Aktien', listing bank and insurance shares.

Table with columns for 'Mannheimer Effektenbörse vom 28. Februar', listing stock market data for Mannheim.

Table with columns for 'Obligationen', listing various bonds and their values.

Table with columns for 'Aktien', listing various stocks and their values.

Table with columns for 'Berliner Effektenbörse', listing stock market data for Berlin.

Table with columns for 'Pariser Börse', listing stock market data for Paris.

Table with columns for 'Londoner Effektenbörse', listing stock market data for London.

Table with columns for 'Berliner Produktenbörse', listing commodity market data for Berlin.

Table with columns for 'Telegraphische Handelsberichte', listing telegraphic trade reports.

wohl schon fest, daß eine neue Anleihe kommen muß. Man wird nicht etwa wieder zu der Ausgabe von Schatzanweisungen greifen, sondern dem Markte eine regelrechte 4 proz. Anleihe anbieten.

* Köln, 28. Febr. In der heutigen Generalversammlung der Rheinisch-Westfälischen Bodenkreditbank in Köln wurde H. Frick, Bg., die Dividende auf 8 Prozent, wie im Vorjahr, festgesetzt.

* Köln, 28. Febr. Der Aufsichtsrat der Niederrheinbahn schlägt H. Frick, Bg., 1/2 Prozent Dividende vor.

* München, 28. Febr. Nach dem in der gestrigen Aufsichtsratsitzung der Bayerischen Handelsbank vorgelegten Abschluß beträgt der Jahresgewinn für 1907 M. 8 584 094 (gegen M. 3 058 513 l. V.).

* M. Glabbe, 28. Febr. Die Spinnerei Lamber & Co. in M. Glabbe schlägt H. Frick, Bg., 14 Prozent (l. V. 6 Prozent) Dividende vor.

* Basel, 28. Febr. Der Schweizerische Bankverein Basel erzielte H. Frick, Bg., einen Reingewinn von 6 010 505 Frank (l. V. 6 012 633). Die Dividende beträgt 8 Prozent wie im Vorjahr.

* Basel, 28. Febr. Die Schweizerische Kreditanstalt Zürich, beantragt H. Frick, Bg., die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent, wie im Vorjahr.

* Bochum, 28. Febr. Der Bochumer Verein für Bergbau und Stahlindustrie auf H. Frick, Bg., auf den 2. April eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, um die Aufnahme einer Anleihe bis zu 10 Millionen zum Ausbau des Grubenfeldes Teuteburg zu beschließen.

Heberle'sche Schiffs- und Maschinenbauwerke, 16. Febr. (Zahlbericht der Abte Star Ein Schiffbau) Der Schiffsdampfer 'Wahle' am 19. Februar von Southampton ab, ist heute um 9 Uhr mittags hier angekommen.

Marx & Goldschmidt, Mannheim. Telegramm-Adresse: Wargold, Fernsprecher: Nr. 56 und 1637. 28. Februar 1908. Provisionsfrei.

Table with columns for 'Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt', listing various market participants and their positions.

Kaufmannsgericht Mannheim.

Ueber die rechtliche Natur des Ausschüßengagements im kaufmännischen Dienstvertrag...

eine probeweise Einstellung bezieht, weil auf die Einstellung zur Probe der Paragraf 69 keine Anwendung findet...

Abgabe sind ihm an seinem Gehalte trotz der Fortdauer der Forderung nicht gemacht worden...

Aus dem Grossherzogtum.

Der Herrg. 24. Febr. Eine nach Tauberbischofsheim für letzten Sonntag eintreffende Zusammenkunft...

Mitteld Deutsche Creditbank.

Einladung zur 53. ordentlichen Generalversammlung. Die Aktionäre unserer Bank werden hierdurch zu der am Dienstag, den 24. März 1908, vormittags 10 Uhr...

Wilh. Dönig * P 7,15 Heidelbergstr. Billigste Preise. Möbel-Geschäft + Braut-Ausstattungen...

Stellen finden. Hohen Verdienst. Bekanntmachung. Wir suchen für die Führung unserer Registratur...

Bauarbeiten-Vergabung. Die nachstehend verzeichneten Bauarbeiten zum Neubau der evangel. Kirche in Heidelberg...

Entlaufen. Glatthaar, Pfeffer u. Salz Schwanze entlaufen. Vermischtes. In verpackt 1 Kognack im 2. Rang...

Bureaux. C 4, 10. Tadeln mit Wohnung. am 1. April, 1. Preisverleihung...

Geldverkehr. Mark 10,000. Masken. Ein elegante schwarze Seidenmaske...

Läden. Großer, moderner Laden. an der Gasse gelegen. B. Tannenbaum...

Verkauf. Modernes Wohnhaus. am Friedrichsplatz, gut realisiert. 5 Zimmer...

Zu vermieten. S 6, 28 helle lustige 3 Zimmer-Wohnung. mit Bad, a. l. April u. s. w.

Fr. Hoffstaetter. Louisenring 61 Telefon 561. Louisenring 61. Ruhrkohlen, Rubrikoks, Gaskoks...

Rosengarten Mannheim — Waschenbad. Die Karten zu den Rosenbädern für den zweiten hiesigen Waschenbad können am Samstag, den 29. ds. Mts....

Zahn-Atelier Ph. Meinhardt. Schwetzingerstr. 13. Sprechstunden: 9-12 und 1-7 Uhr.

Höhere Handelsschule. (Städt. u. s. w. unter Staatsaufsicht stehend.) Beginn des Sommersemesters: 27. April 1908.

Schreiner-, Glaser-, sowie Spenglermeister. Schreiner-, Glaser-, sowie Spenglermeister hier ist Gelegenheit geboten, sich durch Kauf eines Hauses...

Möbl. Zimmer. Solitär 3 1/2 Tr. (Zufließen) schön möbl. Wohn- u. Schlafzimm. mit 2 Bett. u. s. w. 18880

